

19. November 2020

FWG Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Kreis- und Reformationsstadt Homberg (Efze) - Haushartsrede 2021

Trotz Corona-Pandemie können wir heute auf einen **soliden Haushaltsplan 2021** blicken. Im Ergebnishaushalt planen wir mit einem Überschuss von fast 190.000 Euro. Der Finanzhaushalt ist bei einem Zahlungsmittelüberschuss von ca. 20.000 € ausgeglichen. Für Investitionen sieht der Investitionsplan rund 9 Millionen Euro vor. 5,7 Millionen Euro davon sollen als Investitionskredite neu aufgenommen werden; deutlich weniger als vor einem Jahr geplant. Damals sollten noch fast 10 Millionen Euro Kredite für Investitionen im Umfang von 14,5 Millionen Euro aufgenommen werden.

Mit der heute anstehenden Verabschiedung des Haushaltsplanes 2021 erfüllen wir alle gesetzlichen Fristen und Vorgaben vollumfänglich. Dies ist in Zeiten von Pandemie und Lock-Down nicht hoch genug zu würdigen. **Dem Team um Ralf Debus und Sascha Zahmel ist für eine gute Arbeit zu danken, besonders auch für das Engagement den Parlamentariern alle notwendigen Erläuterungen und Erklärungen zu geben, im Zweifel auch nach Feierabend. Dafür ein herzliches Dankeschön von der FWG-Fraktion.**

Zum Ergebnishaushalt möchte ich heute keine größeren Anmerkungen machen. Das vorliegende Zahlenwerk ist in sich logisch und berücksichtigt die staatlichen Steuerschätzungen und Planungserlasse. Besser kann es derzeit nur der machen, der die Zukunft in der Glaskugel sehen kann. Keiner weiß, was die Covid-19-Pandemie noch bringt; keiner weiß wie sich die kommunalen Einnahmen sprich Zuweisungen verändern werden.

Im investiven Bereich sieht es etwas anders aus. In diesem Bereich werden notwendige Maßnahmen für Feuerwehr, Kindergärten, Infrastruktur und anderes meist besonnen angegangen. Auf Maßnahmen, für die man momentan noch keine Fördermittel bekommen kann, wie Neubauten von Kindergärten, hat man zunächst verzichtet, ebenso auf die Bereitstellung von Geldern für Maßnahmen, die vermutlich in 2021 überhaupt noch nicht durchgeführt bzw. begonnen werden können (Verwaltungsgebäude, Schwimmbad u.a.).

Zu zwei der geplanten investiven Maßnahmen möchte ich heute etwas sagen, in einem Fall zusätzlich beantragen, dass die bereitgestellten Mittel mit einem Sperrvermerk belegt werden. Um die Attraktivität Hombergs als Wohn- und Arbeitsstandort auch langfristig zu sichern, ist die Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum unter Berücksichtigung unserer Klimaschutzziele eines der wichtigsten Themen. **Flexible Bedienformen wie Rufbusse, die mit alternativen Mobilitätsangeboten wie Car- und Bikesharing kombiniert werden, müssen das Beförderungsangebot im ländlichen Raum optimieren.** Daher begrüßt meine Fraktion, dass 100.000 Euro für die Errichtung eines Pedelec-Verleihsystems vorgesehen sind. Bei einer Förderquote von 90% sollen Räder, Garagen, Versicherungen, Wartungsleistungen und eine entsprechende Software eingekauft bzw. geschaffen werden. **Die FWG-Fraktion begrüßt dies sehr, mahnt allerdings auch ein Betreiberkonzept an. Wichtig wäre es private Akteure zu gewinnen, um ein umfangreiches Verleih- und Wartungssystem zu schaffen.** Es darf auf keinen Fall so sein, dass die Ausgabe oder Rücknahme der Räder von den Öffnungszeiten einer Verwaltung oder einer Tourist-Info abhängig ist. Zudem muss die ständige Prüfung, Pflege und Wartung der Räder gewährleistet sein, denn nur dann haben wir langfristig etwas davon. Es ist

also wichtig kompetente Partner zu finden! Mit der Anschaffung der Räder und der Schaffung von Ladesäulen allein ist es sicher nicht getan.

Für die **Schaffung einer Nahwärmeversorgung in der Altstadt** sind 2021 Planungskosten in Höhe von 250.000€ veranschlagt. Für 2022 bis 2024 sind für das Projekt weitere 500.000 Euro vorgesehen. Tatsächlich hätte meine Fraktion zu diesem Projekt ein paar Fragen: Welche Energie soll genutzt werden? Wie hoch ist die Co2-Einsparung? Wie Viele Interessenten gibt es? Wie setzen sich die geplanten Gesamtkosten zusammen? Offenbar geht es hier zunächst nur darum ein paar öffentliche Gebäude anzuschließen; Privatpersonen zeigten eher kein Interesse. Fraglich ist daher, ob der Aufwand (z.B. die Rohrverlegung) nicht ein wenig überdimensioniert ist. Wo liegt der Mehrwert gegenüber Zentral- oder Etagenheizungen, die mit grünem Gas und / oder grünem Strom betrieben werden? **Nach Auffassung der FWG-Fraktion besteht bei dieser Investition noch erheblicher Rede und Klärungsbedarf. Wir beantragen daher die Investitionsnummer 3010201901 „Nahwärmeversorgung in der Altstadt 250.000€“ mit einem Sperrvermerk zu belegen.**

Tatsächlich konnten wir bei Durchsicht des Haushaltsentwurfs 2021 **nicht erkennen, dass unsere in der Vergangenheit schon mehrfach geäußerte Kritik an der unzureichenden Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen gefruchtet hat**. Methodisch ist von einer Prüfung oder Interpretation des umwelt- bzw. CO₂-relevanten Sachmitteleinsatzes nichts zu erkennen. Dabei gäbe es durchaus Ansätze, wie das gehen könnte.

Der kommunale Nachhaltigkeitshaushalt (NH) wäre eine spezifische wirkungsorientierte Haushalts- und Verwaltungssteuerung (Outcomesteuerung), deren Zweck darin bestehen würde, die Verteilung von Finanzmitteln an Nachhaltigkeitszielsetzungen auszurichten. Die übergeordnete Zielsetzung der Nachhaltigkeit bestünde darin, stets so zu handeln, dass die Bedürfnisse jetziger Generationen befriedigt würden, ohne zu riskieren, dass die Bedürfnisse zukünftiger Generationen gefährdet wären. Diese Diskussion und eine entsprechende Beantragung möchten wir jedoch nicht heute führen, sondern werden das Thema in einer der nächsten Sitzungen wieder aufnehmen. Rein sachlich bleibt aber festzuhalten, dass die CO₂-relevanten Sachaufwendungen für Strom, Gas, Heizöl, Treibstoff usw. in den meisten Teilhaushalten in 2021 auf der Basis des Vorjahres fortgeschrieben werden sollen. **Das bedeutet faktisch, dass (wieder) keine Reduktionsziele angestrebt werden.**

Wir stehen am Ende eines höchst seltsamen Jahres, das von der Angst um die Gesundheit und von Zukunftsangst geprägt ist. Hoffnung machte Anfang des Jahres noch die Prognose des IWF, wonach die globale Konjunktur aufgrund der Entspannung im Handelsstreit 2020 deutlich positiver ausfallen sollte als 2019. Das war allerdings bevor das Corona-Virus das Gesundheitssystem und die Wirtschaft mit voller Wucht traf. **Die Folgen dieser Pandemie werden Europa, Deutschland und damit auch den Kreis und die Stadt zukünftig treffen.** Es bleibt zu hoffen, dass die Staatsfinanzen ausreichend solide sind, um bei einer Konjunkturkrise gegensteuern zu können. Es bleibt auch zu hoffen, dass diese Maßnahmen geeignet sind, um auch betroffene kleine und mittlere Unternehmen zu stabilisieren. Wir müssen jetzt schon an die Zeit nach der Pandemie denken. Ein Nachtragshaushalt in Milliardenhöhe, schnelle Soforthilfe, Kurzarbeit, Überbrückungskredite – die Europäische Union, die Bundesregierung und die Landesregierung von Hessen tun momentan vieles, um die Folgen der Corona-Krise abzumildern; vor allem in finanzieller Hinsicht:

Hessen: 12 Milliarden-Topf als Sondervermögen – Aufnahme am Kapitalmarkt

Bund: Schutzschild für Kommunen Programm von 57 Milliarden Euro – Länder sollen die Hälfte tragen

Bund: stellt 1,2 Billionen Euro für die wirtschaftlichen Folgen der Krise bereit.

Europa: Billionen-Paket: Mindestens tausend Milliarden Euro will die EU für den Corona-Wiederaufbau mobilisieren. Als regulärer Haushalt soll eine weitere Billion bewilligt werden (Zahlen vom Sommer 2020).

Beängstigend ist, dass die Neuverschuldung und die Summe der Sicherungsschirme schwindelerregende Höhen erreichen wird. **Doch müssen wir parallel zur akuten Pandemiebekämpfung auch wieder damit beginnen, den Blick auf die Zeit danach zu richten, denn die gewaltigen Summen, die zurzeit mit vollen Händen verteilt werden, müssen auch wieder zurückgezahlt werden.** Mit der Politik von heute werden die Weichen gestellt, mit finanziellen Auswirkungen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus.

Der Staat darf sich jetzt nicht finanziell komplett verausgaben und sollte darauf achten, dass das Geld auch zukunftsträchtig eingesetzt wird.

Für uns in Homberg heißt das, dass wir alle Ausgaben und Investitionen verantwortungsvoll prüfen müssen, sparsam aber nicht geizig sein dürfen und Mut haben müssen, um gemeinsam neue Wege zu gehen.

Die FWG-Fraktion dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfassende und sehr transparente Darstellung im Haushalt 2021 und die mitgelieferten erläuternden Unterlagen.

Die FWG stimmt der Haushaltssatzung 2021 und dem Investitionsprogramm 2021 zu.

gez. Achim Jäger, Fraktionsvorsitzender